

WAHLPRÜFSTEIN 3

Hohenloher Luft

Aussage:

Nicht Baden-Württembergs Großstädte – nein – **unser Landkreis Schwäbisch Hall hat die höchste Feinstaubbelastung (846 t/a) und auch die höchsten Gesamtstaub-Emissionen (1.289 t/a) im ganzen Land.** Auch **bei den Emissionen von Ammoniak (5.021 t/a) liegt unser Landkreis in BW ganz vorne.** Dies sind leider keine Fake-News, sondern basieren auf dem am 31. Januar 2017 veröffentlichten Emissionskataster 2014 der **staatlichen LUBW** (Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg).

Fakt:

Als Ursache für diese unerwartet hohen Belastungen werden in allen Untersuchungen die „anthropogen beeinflussten biogenen Systeme“ genannt, also die Landwirtschaft und hier vor allem die Massentierhaltung, partiell auch die Biogas-Anlagen. Der Grund: Ammoniak-Ausgasungen aus Gülle verbinden sich in der Atmosphäre mit anderen Gasen und werden so zu Feinstaub.

Erschreckend ist dabei auch, dass neueste medizinische Forschungen aus den Jahren 2017/2020 (The Lancet, JAMA, Deutsches Ärzteblatt) nachgewiesen haben, dass mit einer erhöhten Feinstaubexposition neben des stark erhöhten Krebsrisikos auch ein Anstieg der Demenzerkrankungen und anderen neurodegenerativen Erkrankungen wie Morbus Parkinson assoziiert wird.

Frage:

- (7) Sehen Sie die Notwendigkeit die Belastungen der Luft zu verbessern?
Wenn „JA“ >> welche Maßnahmen schlagen Sie vor?**

Antwort CDU Arnulf von Eyb (WK 21):

Im Hinblick auf die Belastung der Luft durch Emissionen aus der Tierhaltung verweise ich auf meine Antwort zu Wahlprüfstein 2.

Antwort CDU Isabell Rathgeb (WK 22):

Keine Antwort

Antwort FDP Uwe Wirkner (WK 21):

7) Die Reduktion schädlicher Treibhausgase in der Landwirtschaft liegt im ureigenen Interesse der Landwirte selbst. Während sich Emissionen im Energiebereich durch alternative Energiequellen vergleichsweise einfach verringern lassen, fehlen derlei Patentrezepte für natürliche Prozesse in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft wird daher immer mit gewissen Emissionen verbunden bleiben, es sei denn, man würde völlig auf sie verzichten und damit die Ernährung aufs Spiel setzen und das wollen wir Freie Demokraten nicht.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Klimazielen des Pariser Abkommens. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 formuliert in seiner Präambel eindeutig den Grundsatz, dass die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und die Beendigung des Hungers grundsätzlich Vorrang haben vor dem wichtigen Ziel, eine weitere Erwärmung der Erde zu verhindern.

Neue Entwicklungen wie die Digitalisierung der Landwirtschaft bieten große Chancen, etwa durch die hoch präzise Ausbringung von Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln oder durch die engmaschige Überwachung von Tiergesundheitsdaten in automatisierten Ställen. Wir wollen über eine gezielte Agrarinvestitionsförderung und eine Open-Source-Politik bei den Geodaten der Länder dafür sorgen, dass dieser Fortschritt nicht nur bei besonders kapitalkräftigen, sondern auch bei kleinen und mittleren Betrieben der Landwirtschaft ankommt. Wir setzen vorrangig auf produktionsintegrierten Natur- und Artenschutz in strukturreichen Kulturlandschaften. Dies ist über entsprechende Förderanreize sicherzustellen.

Antwort FDP Stephen Brauer (WK 22):

7) Die Reduktion schädlicher Treibhausgase in der Landwirtschaft liegt im ureigenen Interesse der Landwirte selbst. Während sich Emissionen im Energiebereich durch alternative Energiequellen vergleichsweise einfach verringern lassen, fehlen derlei Patentrezepte für natürliche Prozesse in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft wird daher immer mit gewissen Emissionen verbunden bleiben, es sei denn, man würde völlig auf sie verzichten und damit die Ernährung aufs Spiel setzen und das wollen wir Freie Demokraten nicht. Über physikalische und chemische Gesetze lässt sich nicht diskutieren, ob es der Politik gefällt oder nicht.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Klimazielen des Pariser Abkommens. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 formuliert in seiner Präambel eindeutig den Grundsatz, dass die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und die Beendigung des Hungers (weltweit) grundsätzlich Vorrang haben vor dem wichtigen Ziel eine weitere Erwärmung der Erde zu verhindern.

Neue Entwicklungen wie die Digitalisierung der Landwirtschaft bieten große Chancen, etwa durch die hoch präzise Ausbringung von Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, oder durch die engmaschige Überwachung von Tiergesundheitsdaten in automatisierten Ställen. Wir wollen über eine gezielte Agrarinvestitionsförderung und eine Open-Source-Politik bei den Geodaten der Länder dafür sorgen, dass dieser Fortschritt nicht nur bei besonders kapitalkräftigen, sondern auch bei kleinen und mittleren Betrieben der Landwirtschaft ankommt. Wir setzen vorrangig auf produktionsintegrierten Natur- und Artenschutz in strukturreichen Kulturlandschaften. Dies ist über entsprechende Förderanreize sicherzustellen.

Antwort GRÜNE Catherine Kern (WK 21):

zu 7. Wir treten nicht für die Verbreiterung und z.T. Neutrassierung der A7 ein. Ein solches Konzept verschlechtert auch die Luftqualität und ist ein überholtes Konzept. Güter müssen statt dessen auf die Schiene - z.B. mit und über eine Elektrifizierung der Hohenlohebahn. Wir wollen zudem den ÖPNV stärken, den Autoverkehr nicht verbieten, aber gute Alternativen anbieten, die das Umsteigen erleichtern. Natürlich können auch alle Aktivitäten gegen den Klimawandel helfen und nützen.

Antwort GRÜNE Jutta Niemann (WK 22):

7) Bei der Feinstaubbelastung steht in Städten der Kfz-Verkehr im Vordergrund, auf dem Land und ganz sicher hier bei uns die Tierhaltung. Dass auch Ammoniak einen erheblichen Anteil mit lokal hohen Konzentrationen an Feinstaubemissionen innehat, ist wenig bekannt. Seit 10 Jahren bleiben die Ammoniakemissionen auf einem hohen Niveau, obgleich der Hauptemittent, die Nutztierhaltung mit organischer Düngung zurückgeht. Der gleichzeitige

Anstieg der Emissionen etwa aus Gärresten von Biogasanlagen gleicht diesen Rückgang aus. Mit der neuen Düngeverordnung (DüV) wurden dieses Jahr bereits Akzente gesetzt, die in die richtige Richtung gehen und Rahmenbedingungen zur Emissionsminderung setzen. Klar ist aber, dass der Herausforderung der lokal noch immer hohen Emissionswerte weiterhin begegnet werden muss. Aus Perspektive der Emissionsminderung macht es daher Sinn, die Zahl der Nutztiere zu senken. Darüberhinaus müssen Neuerungen zur Emissionsminderung konsequent umgesetzt werden.

Antwort KLIMALISTE Markus Damson (WK 22):

7. JA - die Maßnahmen sehe ich in der Rückbesinnung auf natürliche Kreisläufe, Bio-Anbau, Reduzierung Tierbestand, artgerechte Haltung. Drastische Reduzierung von chemischen Spritz- und Düngemitteln, die die Intensive Landwirtschaft benutzt.

Antwort LINKE Simon Brecht (WK 21):

(7) Ja, gegen mit Feinstaub und ähnlichem belastete Luft muss natürlich etwas getan werden.

Diese ist in unserem Fall vor allem auf die Massentierhaltung zurück zu führen. Wir oben bereits beschrieben, kann man unterschiedliche Schritte ergreifen, um die Massentierhaltung in den nächsten Jahren einzudämmen.

Im Bezug auf Biogasanlagen ist der Betrieb einer solchen aktuell für viele Landwirte lukrativ, da sich der Betrieb eines gewöhnlichen Hofes nicht mehr so sehr lohnt. Dem kann man vor allem durch eine Erhöhung der Abnahmepreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse entgegen wirken, sodass niemand gezwungen ist, neben seinem Betrieb noch eine Biogasanlage zu haben.

Antwort LINKE Ellena Schumacher-Koelsch (WK 22):

Keine Antwort

Antwort ÖDP Ute Göggelmann (WK 21):

(7) Die Belastungen der Luft müssen dringend verbessert werden. Wie in den vorgenannten Punkten wird eine Umstellung auf ökologische Landwirtschaft mit entsprechend weniger Tierhaltung zur Lösung des Problems beitragen. Würde man den Versuch machen und ansatzweise alle ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Kollateralschäden der konventionellen Landwirtschaft in ihre Produkte mit einpreisen, dann wären sie wahrscheinlich teurer als Bioprodukte. Eine Verteuerung von Energie bzw. eine Besteuerung von CO², wie es die ÖDP schon lange fordert, würde dies wenigstens teilweise realisieren, da die konventionelle Landwirtschaft durch Stickstoffdünger und Überseefutter sehr viel mehr Energie verbraucht. Der Verbraucher wäre dann leichter dazu zu bewegen, die Bio-Produkte zu kaufen und die Landwirte wären eher bereit, umzustellen. Und dies hilft natürlich nicht nur der Luft, sondern auch dem Boden und den Gewässern!

Antwort ÖDP Peter Gansky (WK 22):

Keine Antwort

Antwort SPD Patrick Wegener (WK 21):

Es gilt hierbei gemeinsam an der Luftqualität zu arbeiten: Landwirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft.
Für den intensiveren Austausch vor Ort stehe ich bereit.

Antwort SPD Nikolaos Sakellariou (WK 22):

Keine Antwort